

Keine Rechtsgrundlage für 5G-Moratorium

Stadt hat geringe Möglichkeiten beim neuen Mobilfunkstandard – aber die will sie nutzen

Von Stefan Klein

Die Thematik ist komplex und durchaus umstritten – und doch fand der Umweltsenat am Mittwoch einen für alle Seiten befriedigenden Konsens, wie sich die Stadt künftig zum neuen Mobilfunkstandard 5G positionieren will. Rudolf Schnur war jedenfalls „sehr zufrieden mit der Behandlung unseres Antrags“: Gemeinsam mit ÖDP-Stadträtin Elke März-Granda hatte der Vorsitzende der Fraktion CSU/LM/JL/BfL bereits im Mai um „mehr Aufklärung und vorsorglichen Gesundheitsschutz beim Mobilfunkstandard 5G“ nachgesucht.

Dem entsprach Thomas Rottenwallner, Leiter des Amtes für Umwelt-, Klima- und Naturschutz, mit einer ausführlichen Vorlage nebst Präsentation – eine „sehr informative Fleißarbeit“, wie auch März-Granda lobte. Dabei musste Rottenwallner dem zweiten Kernanliegen des Antrags, nämlich ein Moratorium zum Ausbau von 5G zu beschließen, „solange die Auswirkungen der 5G-Strahlung noch nicht ausreichend erforscht“ seien, eine Absage erteilen: Für ein solches Moratorium gebe es keine Rechtsgrundlage.

Gemeinden sind anzuhören – das ist alles

Überhaupt habe eine Gemeinde „nur sehr, sehr geringe Möglichkeiten“, 5G etwas entgegenzusetzen, so der Amtsleiter. Gemeinden, in deren Gebiet eine Hochfrequenzanlage errichtet werden soll, sind laut Paragraph 7a der 26. Bundes-Immissionschutzverordnung (der noch einige Male Erwähnung finden sollte) bei der Auswahl von Standorten von den Betreibern anzuhören. Das ist alles. Rottenwallner verwies auf den vorhergehenden Umweltsenat, in dem die künftige Beteiligung des Runden Tisch Mobilfunk zur beiderseitigen Zufriedenheit von Netzbetreibern und Stadt (Politik wie Verwaltung) geregelt wurde.

Entsprechend lautete der Beschlussvorschlag der Verwaltung: Der Öffentlichkeit die Sitzungsvorlage und die dazugehörige Präsentation online zur Verfügung zu stellen, was eine Informationsver-



Mobilfunkmasten wie dieser am Postplatz gehören mehr und mehr zum Stadtbild. Dagegen unternehmen kann die Stadt im Grunde kaum etwas. Man setzt auf den Dialog mit den Netzbetreibern.

Foto: Christine Vinçon

staltung zum weiteren Vorgehen bei der Einführung von 5G überflüssig mache. März-Granda und Schnur reagierten darauf kurzfristig mit einem überarbeiteten Beschlussvorschlag. Auf eine Informationsveranstaltung bestanden die beiden Antragsteller nicht mehr, dies habe sich mit Rottenwallners Ausarbeitung erledigt, befand Schnur. Jedoch: „Wir haben ein großes Problem mit dem höheren Frequenzbe-

reich von 24 bis 80 Gigahertz“, wie März-Granda sagte. Dieser Frequenzbereich soll auf längere Sicht für 5G zum Einsatz kommen, nachdem in der ersten 5G-Ausbaustufe noch niedrigere Frequenzbänder verwendet wurden, die bereits seit 20 Jahren für verschiedene Netze eingesetzt werden. Bis die Unbedenklichkeit dieser höheren Frequenzbänder erwiesen sei, solle die Stadt keine neuen Flächen für den

Ausbau von 5G zur Verfügung stellen, so März-Grandas und Schnurs Vorschlag.

Eben dies könne man nicht machen, befand Rechtsreferent Harald Hohn: Eine solche Unbedenklichkeit könne „keiner wissenschaftlich nachweisen“. Auf März-Grandas Insistieren, Flächen dann zumindest solange zurückzuhalten, bis Studien zur gesundheitlichen Unbedenklichkeit dieser höheren Frequenzen vorlägen, antwortete Rottenwallner, dies würde womöglich das gute Verhältnis zu den Netzbetreibern belasten, die ihrerseits der Stadt beim Runden Tisch entgegengekommen seien. „Damit würden Sie den Konsens aufkündigen“, ergänzte Hohn.

Informationsveranstaltung derzeit nicht notwendig

Nach einer kurzen Unterredung zwischen März-Granda und Schnur war dieser Punkt vom Tisch. Sigi Hagl (Grüne) wiederum hatte sich klar für eine öffentliche Veranstaltung ausgesprochen, um eine „Akzeptanzkampagne“ zu starten. Diesem Ansinnen entspricht der Beschluss nun insoweit, dass eine Veranstaltung „zur Erörterung des weiteren Vorgehens“ bei der Einführung von 5G „derzeit“ nicht für nötig erachtet werde.

Die weiteren Vorschläge März-Grandas und Schnurs wurden in den Beschlussentwurf übernommen: Die Stadt Landshut stehe „einem ungeprüften und ungehinderten Ausbau“ von 5G „kritisch gegenüber“; weitere Erkenntnisse der EU sollen beobachtet und gegebenenfalls dem Umweltsenat berichtet werden; die Stadt sei keineswegs technikfeindlich, sondern wolle ausschließlich ihrer Verantwortung für die Gesundheit ihrer Bürger gerecht werden. Der Beschluss fiel einstimmig.

Information

Interessierten Bürgern sollen die sehr informative Sitzungsvorlage und die zu ihrer Erläuterung erstellte Präsentation zeitnah auf der Homepage der Stadt unter www.landshut.de zur Verfügung gestellt werden.